

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Mai 1952

478/J

A n f r a g eder Abg. E o p l e n i g und Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend die materielle und finanzielle Unterstützung grosser amerikanischer Militärbauten in Österreich durch die Österreichische Bundesregierung.

-.-.-

Aus einer kürzlich in Salzburg abgehaltenen Versammlung von 38 grossen österreichischen Baufirmen wurde bekannt, dass die gewaltigen militärischen Bauprojekte der amerikanischen Kriegstreiber auf österreichischem Boden von der österreichischen Regierung nicht nur geduldet, sondern in jeder Hinsicht auch materiell und finanziell unterstützt werden sollen.

Die Amerikaner versprachen den an den Militärbauten beteiligten Firmen, offenbar auf Grund bereits getroffener Vereinbarungen mit dem Finanzministerium, eine Befreiung von der Umsatzsteuer bei der Durchführung der Bauarbeiten. In einer angespannten Rohstofflage, die viele österreichische Firmen und sogar die Österreichischen Bundesbahnen in ihrer Arbeit hemmt, weil sie von den verstaatlichten eisen- und stahlerzeugenden Betrieben das dringend nötige Baueisen nicht bekommen können, sollen Eisen und andere Mangelrohstoffe für die amerikanischen Militärprojekte unter dem Vorwand der "Sonderverdringlichkeit" in allen gewünschten Mengen bereitgestellt werden.

Die Finanzierung der gewaltigen Bauarbeiten, deren militärischer Charakter offen zutage tritt, erfordert eine Summe von ca. 1 Milliarde Schilling; sie wurde von der verstaatlichten Länderbank und einigen anderen westlichen Geldinstituten übernommen. Die Österreichische Nationalbank, welche die Devisenzuteilung für den Import notwendiger Waren auf ein Minimum reduziert, versorgt diese Bautätigkeit mit Devisen (insbesondere D-Mark) zu einem besonders ermässigten Kurs.

Durch diese materielle und direkte finanzielle Unterstützung der amerikanischen Militärbauten in Österreich leistet die Österreichische Regierung nicht nur den Kriegsvorbereitungen Vorschub, sondern pumpt auch Millionen österreichischer Steuergelder in die Taschen der Amerikaner.

Das amtliche "Dementi" zu der Pressemeldung, welche über die oben angeführten und in der erwähnten Versammlung der Baufirmen erörterten Tatsachen berichtet, vermeidet es sorgfältig, im einzelnen auf die Massnahmen der Regierung zur Unterstützung der Militärbauten einzugehen.

Es wird lediglich versucht, die Wahrheit zu vertuschen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler und an die Bundesregierung die folgenden

A n f r a g e n :

1. Wie kann die Bundesregierung es rechtfertigen, dass österreichische^{+) Bauvorhaben im Werte von ca. 1 Milliarde Schilling für die Amerikaner durchzuführen? +) Baufirmen den Auftrag haben, militärische}
2. Wie kann die Bundesregierung es rechtfertigen, dass diese Bauarbeiten von der österreichischen Regierung besonders unterstützt werden, indem sie von der Warenumsatzsteuer befreit werden sollen?
3. Wie kann die Bundesregierung es rechtfertigen, dass die Militärbauten im Auftrage der Amerikaner von der österreichischen Regierung auch dadurch unterstützt werden, dass die verstaatlichte Länderbank und andere deren Finanzierung übernommen hat?
4. Wie kann die Bundesregierung es rechtfertigen, dass die Österreichische Nationalbank - offenbar im Auftrag der österreichischen Regierung - für die Militärbauten der Amerikaner Devisen zu einem besonders ermässigten Kurs zur Verfügung stellt?
5. Wie kann die Bundesregierung es rechtfertigen, dass die Militärbauten der Amerikaner auf Grund ihrer angeblichen "Sondervordringlichkeit" mit Materialien und Rohstoffen beliefert werden sollen, die für unsere einheimische Produktion Mangelwaren und Mangelrohstoffe sind?
6. Ist die Bundesregierung bereit, mit der Unterstützung der amerikanischen Militärbauten, die einer Beteiligung an den amerikanischen Kriegsvorbereitungen gleichkommt, und mit der Auslieferung von Millionen Schillingen aus den Taschen der österreichischen Steuerzahler an die Amerikaner Schluss zu machen?

-.--.-.-.